

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/138

Bonn, den 28. Juli 1970

Seite

Zeilen

-----

-----

1 - 2

Föderalismus im Test

61

Zum Arbeitsbeginn der Bildungsplanungs-Kommission

3

Die Sachlichkeit rückt nach vorn

42

Zur Problematik der Bonner Beziehungen zum Osten

4

Der Mann hieß Grüneberg

52

Ein Wort zum ARD-Fernsehstück "Journal 1970/71"

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Unverletzlichkeit bedeutet nicht Unverrückbarkeit  
Es geht noch nicht um einen Friedensvertrag  
Westpolitik schafft Voraussetzungen für Ostpolitik  
Für ein Mindestmaß an Kooperation  
Gegen Neuauflage einer Dolchstoßlegende  
Partnerschaftsverhältnis zwischen BfW und Landesregierung  
Erster Schülerwettbewerb erfolgreich abgeschlossen  
Hundert Millionen für Kriegsgräberfürsorge

### Föderalismus im Test

#### Zum Arbeitsbeginn der Bildungsplanungs-Kommission

Innenpolitische Entwicklungen sind meistens wenig spektakulär. Dennoch ist die konstituierende Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung am 29. Juli nicht nur eine Nachricht, sondern auch des Nachdenkens wert.

Am 29. Juli 1970 beginnt ein Test der föderalistischen Verfassungsstruktur der Bundesrepublik auf Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit. Die Arbeit der Kommission wird zeigen, ob Bund und Länder gemeinsam die Bewältigung einer Aufgabe planen können, die in Umfang und Bedeutung mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege zu vergleichen ist. Sollte deutlich werden, daß die Reformaufgaben im Bildungsbereich nicht von Bund und Ländern gemeinsam zu lösen sind, so werden die Föderalisten in diesem Lande einen schweren Stand haben. Wird der Test jedoch bestanden, so bleibt auch in Zukunft die Konkurrenz im Kulturgeschäft erhalten, die auch hier - man denke nur an Hessen - die Entwicklung der Dinge meist fördert.

Die Kommission soll nach dem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern, das am 1. Juli 1970 in Kraft getreten ist, unter anderem

- einen langfristigen Rahmenplan für die Entwicklung des gesamten Bildungswesens, also von der Vorschulerziehung bis zur Weiterbildung, vorbereiten;
- den voraussichtlichen Finanzbedarf für die Reform des Bildungswesens ermitteln und Vorschläge für die Finanzierung durch Bund und Länder ausarbeiten;
- im Bereich der Bildungsforschung Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern ausarbeiten und
- einen langfristigen Rahmenplan für die Forschungsförderung ausarbeiten.

Bund und Länder haben je elf Stimmen, Beschlüsse werden mit 3/4-Mehrheit gefaßt. Der Bund kann also nicht überstimmt werden. Über die Ausführung der Beschlüsse entscheiden die Regierungschefs, wiederum

mit 3/4-Mehrheit; jedoch binden die Beschlüsse nur diejenigen, die zugestimmt haben.

Der Auftrag an die Kommission, einen Rahmenplan für das "gesamte Bildungswesen" zu erarbeiten, ist bemerkenswert. Vergleicht man diesen Auftrag mit der Planungsfeindlichkeit und mit der mangelhaften Koordination beispielsweise zwischen Schul- und Hochschulbereich während der vergangenen 20 Jahre, so ist der Fortschritt in den Absichten zu loben. Die Kommission wird zeigen müssen, ob den Absichten ihrer Väter Taten folgen.

Der Entwicklung des Föderalismus zu einem koordinierten und kooperativen System wäre wenig gedient, wenn die Kommission wesentliche Teile ihrer Arbeitskraft einem Streit über Henne oder Ei in abgewandelter Form widmen würde: Ob nämlich zunächst über die Finanzen und dann über den Inhalt der Bildungsreform oder ob in umgekehrter Reihenfolge zu verhandeln sei. Ein solcher Streit ginge an der Sache vorbei: Inhalt und Finanzfragen sind untrennbar verbunden. Beim SPD-Parteitag in Saarbrücken - übrigens auch auf dem FDP-Parteitag - sind deutliche Worte zum Finanzvolumen und zur Aufteilung der Finanzierungslast auf Bund und Länder gesagt worden. Der Bildungsbericht der Bundesregierung enthält klare Zielvorstellungen. Die Diskussionsunterlagen liegen auf dem Tisch, die Arbeit kann beginnen.

Die Verfassungslage ist klar: Bildungsplanung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Die Kommission sollte daher in der Lage sein, ohne langwierige Erörterung von Kompetenzfragen an ihre Aufgaben heranzugehen. Die Arbeit der Kommission wird aufmerksam beobachtet werden. Verzettelt sie sich, so wird die Öffentlichkeit unruhig werden. Die Bundesregierung hat im Bildungsbericht als Zeitziel für die Fertigstellung des Rahmenplans und des Bildungsbudgets den Sommer 1971 genannt. Die Geduld der Öffentlichkeit wird nicht viel länger dauern.

Die Präliminarien sind vorbei. Nun heißt es: Zur Sache.

+ + +

Die Sachlichkeit rückt nach vorn

Zur Problematik der Bonner Beziehungen zum Osten

Die Bonner Ostpolitik, die sich auf die volle Zustimmung der Westalliierten stützt und mit der wohlwollenden Sympathie der neutralen Welt rechnen kann, hat ungeachtet der Frage, wann der deutsch-sowjetische Gewaltverzichtsvertrag paraphiert und unterzeichnet werden kann, ein bemerkenswertes Plus zu verzeichnen. Wir meinen die Tatsache, daß in nahezu allen Hauptstädten des Warschauer Blocks und des COMECON die Problematik der Beziehungen zwischen diesen Staaten und der Bundesrepublik Deutschland in einer Sachlichkeit behandelt wird, die auf jeden Fall gute Aspekte für die Zukunft eröffnet. Wenngleich natürlich auch weiterhin Emotionen hochkochen werden, die sich allzuoft an Klischees entzünden, die manchem allzulieb geworden sind, so kann doch mit Zuversicht damit gerechnet werden, daß sich überall mehr und mehr die nüchterne, den Realitäten von heute und morgen zugewandte Beurteilung durchsetzt und das konsequente Abbauen von Abneigungen oder gar Feindseligkeiten ermöglicht.

Dem deutsch-sowjetischen Vertrag wird eine ganze Kette von ähnlichen Verträgen zu folgen haben, wobei man sich allmählich über die Reihenfolge klar werden müßte. Es gibt Nachbarschaftsprobleme, deren Lösung nicht auf die lange Bank geschoben werden sollte. Dazu gehört zweifellos im Vordergrund die Frage der Problembereinigung mit der Tschechoslowakei, und das mit dem Ziel, die Verbindungen zwischen Bonn und Prag Zug um Zug zu verbessern. Für diese Bewältigung dieser Aufgabe liegen brauchbare Vorarbeiten vor, die zum Teil schon auf Jahre zurückreichen und oft in persönlichen Gesprächen geleistet worden sind. Es gibt also Kontakte, die sich rasch reaktivieren lassen, um die offiziellen Verhandlungen, die nunmehr in den naheren Bereich rücken, atmosphärisch zu begleiten und zu unterstützen wobei es sicher nicht unnütz ist, zu vermerken, daß diese Kontakte in allen westdeutschen Parteilagern zuhause sind.

Aus Prag ist in diesen Tagen die Feststellung zu hören gewesen, daß man dort die Möglichkeit sieht, über solche Verträge, wie sie jetzt ausgehandelt werden und in Rede stehen, auch zum gegenseitigen Vertrauen zu gelangen. Dieses Wort von der Moldau soll nicht vergessen werden. Es soll ein gutes Echo finden.

+ + +

Der Mann hieß Grüneberg

Ein Wort zum ARD-Fernsehstück "Journal 1870/71"

Der Mann hieß Grüneberg und war, wie alle fixen Zeitgenossen seiner Art, Berliner. Was er erfand, hat zwar nicht den Krieg 1870/71 entschieden, aber zur Hebung der Truppenmoral wesentlich beigetragen: Die Erbswurst. Eine Episode am Rande, die dem faszinierten Betrachter wegen ihrer unmittelbaren Beziehung zum Weltgeschehen ebenso in Erinnerung geblieben ist, wie die Tatsache, daß am 27. Juli 1870 vom Vatikan der Konzilbeschluss über die Unfehlbarkeit des Papstes verkündet worden war.

Der "Tägliche Telegraph", den Helmuth Rompa als Hilfskonstruktion zur Darstellung der historischen, gesellschaftlichen und politischen Hintergründe für seine Sendereihe "Journal 1870/71/ Aktualitäten aus der Zeit des deutsch-französischen Krieges" erfunden hat, ist ein grosser Wurf. Eine ausgezeichnete und fernsehgerechte Lösung jenes zweifellos nicht einfachen Problems, die aber so einprägsam war, daß man in 20 Minuten weltgeschichtlichen Repetitorium mehr zu lernen bereit war, als in einer Schulfunksendung. Kein Wort, kein Beitrag zu viel, um das Verständnis des Zuschauers zu wecken. Schade, daß Helmuth Rompa und Rainer Wagner diese Tagesschau und diese Spezialredaktion für den europäischen Konflikt nur für eine imaginäre Fernsehstation geschrieben haben, die, wenn es technisch möglich gewesen wäre, vor hundert Jahren ihre Sendungen ausgestrahlt haben würde. Auch unter Würdigung heutiger Maßstäbe ein wahrhaft weitschauendes Autorenteam.

Die Darstellung deutscher Selbstgefälligkeit und französischer Arroganz, nüchternen preußischer Berechnung und vergangenheitsbezogener französischer Siegeszuversicht konnte nur verständlich werden, wenn man sich einer Aufbereitung des zweifellos vielfältigen Materials bediente, die der Süddeutsche Rundfunk im ARD-Programm am Montag geboten hat. Verständlich, daß viele Konservative mit Liebe auf die Fortsetzungen warten werden, denn es war der letzte Krieg, den die Deutschen gewonnen haben. Bedrückend für viele Weltkriegs-Zwei-Teilnehmer, mit welcher tölpelhaften Gutgläubigkeit man auf beiden Seiten des Rheines in den Krieg zog. Unglaublich und erst durch die gelungene Darstellung für unsere jungen Menschen verständlich, was das politisch heißen konnte: Zum Rhein, zum deutschen, deutschen Rhein!

Doch machen wir uns nichts vor. Hat sich so viel in den Spielregeln der internationalen Diplomatie geändert? Haben sich die Empfindungen, Verhaltensweisen und Reaktionen mancher Politiker und auch Völker so grundlegend gewandelt? Sind die Akzente wirklich neu gesetzt worden? Geht man heute ohne Ressentiments an die Überwindung der nationalen Grenzen? Ließe sich nicht der eine oder andere Zeitgenosse in diese oder jene Figur des Fernsehspiels stecken?

Das "Journal 1870/71" war in seinem ersten Teil ausgezeichnet, weil es fernsehgerecht faszinierte. Aber es war auch ein wertvoller Beitrag zum Nachdenken über uns selber und über die Zusammenhänge unserer Zeit. Vielleicht hat sich da gar nicht so viel geändert. Wir haben ja "immer nur das Beste gewollt". Schade, daß man so mißverstanden wird, und daß es erst der Chronisten bedarf, die einem ganzen Volk klarmachen, was seine Ahnen mit jenem letzten deutschen Sieg angerichtet haben.

Ludwig Nau